



# Baurundblick

---

Nr. 1/2005  
27. Januar 2005

*In dieser Ausgabe u.a.*

- 2004: Schlechte Baukonjunktur in Niedersachsen-Bremen
- Bauindustrie startet Kampagne „Leitungsinfrastruktur in Not“
- Der aktuelle Kommentar: Mut zur Maut
- Die Bauwirtschaft in Westdeutschland im November 2004

---

---

## **Baukonjunktur Niedersachsen-Bremen: Talfahrt setzt sich ungebremst fort**

(brb).- Die baukonjunkturelle Entwicklung zeigt nach Ablauf von drei Quartalen des Jahres 2004 weiter steil nach unten. Selbst gegenüber den schon schwachen Halbjahreszahlen hat sich die Situation für die niedersächsischen und bremischen Bauunternehmen weiter verschlimmert. So lautet das Fazit des Hauptgeschäftsführers des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Prof. Dipl.-Kfm. Michael Sommer, zur Bilanz nach drei Quartalen des Jahres 2004 auf Basis der veröffentlichten amtlichen Daten für das Bauhauptgewerbe.

Die Bauproduktion ist in Niedersachsen in den ersten neun Monaten des Jahres um insgesamt 9,3 Prozent eingebrochen, wobei Rückgänge in allen Bausparten zu verzeichnen waren. Damit ist die Entwicklung in Niedersachsen negativer verlaufen als im Durchschnitt der alten Bundesländer, der bei 7,4 Prozent lag.

Bei den Auftragseingängen ist nach Angaben Sommers in Niedersachsen im Vergleich zu den ersten drei Quartalen des Vorjahres ein Minus von nunmehr insgesamt sieben Prozent zu verzeichnen. Zur Halbjahresbilanz betrug der Rückgang nur vier Prozent. Besonders tiefe Einbrüche erlebten in den vergangenen drei Quartalen des Jahres 2004 der öffentliche Hochbau mit 26,4 Prozent und der Straßenbau mit 10,9 Prozent.

Die sich bereits zum Halbjahr 2004 abzeichnende negative Entwicklung bei den erteilten Baugenehmigungen, einem Frühindikator für die Nachfrage im Hochbaubereich, hat sich fortgesetzt. Der Rückgang betrug hier insgesamt 16,8 Prozent gegenüber den ersten drei Quartalen des Jahres 2003. Hieran war der Wohnungsbau mit einem Minus von 17,9 und der Nichtwohnbau mit einem Negativwert von 15,7 Prozent beteiligt.

Nach diesen Zahlen steht fest, dass sich die Rezession der baukonjunkturellen Entwicklung in Niedersachsen auch im Jahr 2004 ungebremst fortsetzen wird, da keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es im letzten Quartal zu einer Verbesserung der Situation kommen wird.

Die negativen Zahlen haben sich naturgemäß auch auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt. Mit nunmehr nur noch 75.500 Beschäftigten liegt die Zahl um 6.200 unter der des Vergleichszeitraumes im Jahr 2003. Prozentual beträgt der Rückgang 7,6 Prozent.

Differenzierter stellt sich nach den Worten von Sommer die Situation im Bundesland Bremen dar. Dort ist die Bauproduktion noch stärker, nämlich um 13,2 Prozent gegenüber den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 eingebrochen. Das größte Minus gab es im gewerblichen Bau mit fast 20 Prozent.

Bei den Auftragseingängen war dagegen nur ein leichtes Minus von 1,8 Prozent zu verzeichnen. Hinter dieser Durchschnittszahl verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Entwicklungen. So sanken die Auftragseingänge im Bereich des Wohnungsbaus um fast 58 Prozent, wohingegen sie im Bereich des öffentlichen Hochbaus, des Straßenbaus und des sonstigen Tiefbaus im zweistelligen Bereich zulegen konnten.

## Kampagne „Leitungsinfrastruktur in Not“ erfolgreich gestartet

(brb).- Im Dezember hat der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie gemeinsam mit der ARGE Deutscher Leitungsbau seine neue Kampagne „Leitungsinfrastruktur in Not“ erfolgreich gestartet.

Unter Beteiligung von Abgeordneten des deutschen Bundestages wurde aus verschiedenen Blickwinkeln der Zustand und die notwendigen Maßnahmen zum Erhalt einer leistungsfähigen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in Deutschland diskutiert. Dipl.-Ing. Helmut Echterhoff, Vizepräsident Wirtschaft des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, konnte in der unmittelbaren Nähe des Bundestages 350 Vertreter aus Unternehmen, Politik und Behörden zu der Veranstaltung begrüßen. Die dort geführten Diskussionen zeigen deutlich, dass zumindest im politischen Raum der Zustand der Leitungsinfrastruktur im Gegensatz zur sichtbaren Verkehrsinfrastruktur bisher nicht ausreichend wahrgenommen wird.

Wasserrohrbrüche in den Städten, Ausfall der Energieversorgung, defekte Abwasserkanäle – der schleichende Verfall hat die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur für Wachstum, Beschäftigung und Sicherung der Lebensqualität und Gesundheit wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

### **Lebensader Wasserversorgung**

In allen Bundesländern, insbesondere jedoch in den fünf ostdeutschen Bundesländern, sind die Wasserverluste bei der Versorgung mit Trinkwasser überraschend hoch. Während in Westdeutschland 7,8 Prozent der Trinkwasserabgabe aus standhaften Leitungen versickern, gehen in Ostdeutschland bis zu 22,5 Prozent durch Rohrbrüche oder undichte Leitungen verloren.

Viele Leitungen sind den heutigen Belastungen durch den Straßenverkehr nicht gewachsen.

Der zur Instandhaltung der Trinkwasserversorgungsleitungen notwendige Investitionsbedarf liegt aktuell bei 2,5 bis 3 Mrd. Euro im Jahr.

Gerade in den großen Städten gehen die tatsächlichen Investitionen in die Erhaltung der Wasserversorgungsnetze überproportional zurück. Überschüsse der Versorgungsunternehmen werden als Rendite an Anteilseigner ausgeschüttet, Investitionen werden zurückgestellt.

Der aktuelle Blick auf den weltweiten Zustand der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur kann einen guten Eindruck davon vermitteln, welche dramatische Konsequenzen Defizite in diesem Bereich nach sich ziehen: 80 Prozent aller Krankheiten stehen weltweit in Verbindung mit einer qualitativ und quantitativ unzureichenden Wasserver- und -entsorgung. Nach übereinstimmender Expertenmeinung werden die Kriege des 21. Jahrhunderts um Wasservorkommen geführt.

Auch in Deutschland müssen sich die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung bewusst werden, welche weitreichenden Wirkungen von der Pflege und dem bedarfsgerechten Ausbau der 33 Millionen Kilometer Leitungsinfrastruktur ausgehen.

Dies betrifft insbesondere

- die Versorgung mit dem lebenswichtigen Gut Wasser
- die sichere Versorgung mit Primärenergieträgern
- die umweltgerechte und hygienische Entsorgung von Abwasser

### **Lebensader Gasversorgung**

Der Primärenergieträger Gas gewinnt immer mehr an Bedeutung. Eine flächendeckende und vor allem sichere Gasversorgung erfordert hochwertige und dauerhafte Netze – angefangen von der Pipeline bis hin zum qualifiziert verlegten Hausanschluss.

Der zur Instandhaltung der Gasversorgungsleistungen notwendige Investitionsbedarf liegt aktuell bei 3 Mrd. EUR pro Jahr.

Auch in der Gasversorgung sind die Investitionen in die Erhaltung der Netze rückläufig. Ein Grund: Die Unsicherheit durch die Neuordnung des europäischen Gasmarktes lähmt die Investitionsbereitschaft der bislang regional aufgestellten Gasversorger.

Sparen bei Gasleitungen heißt immer sparen an der Sicherheit.

### **Lebensdauer Abwasserentsorgung**

Die deutschen Abwasserkanäle überaltern. Bei der aktuellen Erneuerungsrate müssten heute gebaute Kanäle 300 Jahre schadlos überdauern können. Die tatsächliche mittlere Lebensdauer liegt jedoch bei 60 Jahren. Der Zerfall der Kanalnetze ist vorprogrammiert.

60.000 Km der insgesamt 446.000 km öffentlicher Abwasserkanäle sind defekt. Über die Schadensquote bei 1 Million Kilometer privater Kanäle lässt sich nur spekulieren.

Allein die Kosten für die notwendige Instandhaltung der öffentlichen Abwasserkanäle liegen bei 2 Mrd. EUR im Jahr. 50 Mrd. EUR Investitionsstau haben sich bis heute angesammelt. Der zusätzliche Neubaubedarf beläuft sich auf 15 Mrd. EUR.

### **Empfehlungen zur Sicherung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur**

Der Erhalt der Ver- und Entsorgungsleitungen in Deutschland erfordert eine Verstärkung der Investitionen in die Netze.

Das Geld für eine bedarfsgerechte Leitungsinstandhaltung ist grundsätzlich vorhanden. Abwassergebühren dürfen jedoch nicht in erster Linie zur Füllung kommunaler Haushaltslöcher zweckentfremdet werden. Bestandserhaltung muss eine gleichgewichtige Würdigung erfahren – gerade auch im Interesse der Investoren.

Die Erneuerungsrate bei Abwasserkanälen muss erheblich erhöht werden. Die in den Eigenkontrollverordnungen der Länder verankerten Kontrollprüfungen für private Abwasserleitungen müssen vereinheitlicht werden. Der Vollzug dieser Prüfungen ist sicherzustellen.

### **„Statistische Analyse der öffentlichen Auftragsvergabe Deutschlands“**

(brb).- Die Wegweiser GmbH Berlin hat die anstehenden Gesetzesänderungen im deutschen Vergaberecht zum Anlass genommen, im November 2004 eine detaillierte Befragung von Beschaffungsentscheidern und Einkäufern der öffentlichen Hand und Unternehmen mit Vertriebsaktivitäten im Public-Sektor durchzuführen. Das Ergebnis der Befragung ist in der umfangreichen Studie „Statistische Analyse der öffentlichen Auftragsvergabe Deutschlands“ vom 10. Dezember 2004 zusammengefasst.

Die wesentlichen Aussagen der Studie sind:

- Die erfassten Auftragsvergaben zeigen, dass mehrheitlich Lieferleistungen (60 Prozent) und nur in geringerem Umfang Bauleistungen (39 Prozent) vergeben wurden;
- 93 Prozent der erfassten Ausschreibungen waren nationale, lediglich 7 Prozent europaweite Ausschreibungen;
- 99 Prozent der VOB-Vergaben und 95 Prozent der VOL-Vergaben fanden unterhalb der EU-Schwellenwerte statt;
- Über 75 Prozent der Auftragsvergaben gingen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die Studie zeigt deutlich, dass – entgegen Äußerungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) – auch im Bereich der Dienst- und Lieferaufträge die überwiegende Zahl der Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte erfolgt.

Das Ergebnis der Studie kann für die Untermauerung der Forderung genutzt werden, dass auch bei dem z.Zt. vom BMWA verfolgten Modell für ein verschlanktes Vergaberecht, die VOL/A nicht abgeschafft, sondern – wie die VOB/A – bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte weiterhin Anwendung finden soll.

### **Zitat:**

„Unser System der Tarifautonomie hat sich bewährt. Zunehmend fanden Öffnungsoptionen Eingang in Tarifverträge und sorgen für mehr Flexibilität im betrieblichen Alltag. Durch ihre verantwortungsvolle Haltung tragen die Tarifpartner zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Auch beim Thema Ausbildung haben die Unternehmen sich auf ihre Verantwortung besonnen. Der Ausbildungspakt ist erfolgreich. Er war richtig, hier auf Freiwilligkeit zu setzen.“

(Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Handelsblatt Wirtschafts- und Finanzzeitung, 30.12.2004)

## **Der aktuelle Kommentar: Mut zur Maut**

*(brb).- Die Sache mit der Maut, welche schwere Lastwagen seit Jahresbeginn auf den Autobahnen zu entrichten haben, scheint sich gut anzulassen. In der Kasse von Bundesfinanzminister Hans Eichel klingelt endlich zusätzliches Geld. Das ist auch allerhöchste Zeit nach der mehrmaligen Verschiebung des Starttermins für die Autobahngebühr. Das wochen- und monateslange Hin und Her hat Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe und, wesentlich schlimmer, die beteiligten deutschen Unternehmen zum Gespött werden lassen.*

*Grund zum Jubeln gibt es aber nicht, denn die Schwierigkeiten beim Aufbau der hochmodernen Technik zur Erfassung der mautpflichtigen Fahrzeuge haben Vater Staat Unsummen Geld gekostet, welches bereits im Haushalt verplant war. Der größte Teil der Milliardeneinnahmen aus der Maut sollte in dringend notwendige Verkehrsinvestitionen fließen. Dieses Geld war für die Bauwirtschaft und damit indirekt für den Arbeitsmarkt und für die Konjunktur verloren. Doch das ist Vergangenheit, es gilt, nach vorn zu schauen.*

*In den zurückliegenden Jahren ist viel zu wenig für Unterhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland getan worden. Es hat sich gerächt, dass Bund, Länder und Gemeinden am falschen Ende sparten. Mittlerweile hat sich riesiger Investitionsbedarf im Verkehrssektor aufgestaut. Wegen der Versäumnisse der Politik wird dieser Bedarf an Bauleistungen sogar schneller wachsen als die vorhersehbare Zunahme des Verkehrs insbesondere auf der Straße, aber wohl auch auf den Schienen- und Wasserwegen.*

*Um in der Konkurrenz mit den anderen Wirtschaftsstandorten nicht zum Verlierer zu werden, braucht das mitten in der erweiterten Europäischen Union gelegene Deutschland eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Das Aufkommen aus der Autobahnmaut für die Brummis wird nicht ausreichen, um die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in dem notwendigen Maße mitzufinanzieren. Damit dieses unumgängliche Vorhaben zu schultern ist, muss eine allgemeine Straßenbenutzungsgebühr her, an deren Erträgen Bund, Länder und Gemeinden beteiligt werden.*

*Die ständigen Dementis, niemand denke an eine solche Maut für alle Kraftfahrzeuge, sind der Beleg dafür, dass das Thema in der Welt ist. Es muss auf die offizielle Tagesordnung der Politik gesetzt werden.*

## **Die Bauwirtschaft in Westdeutschland im November 2004**

*(brb).- Nach den Ergebnissen aus dem jüngsten ifo Konjunkturtest hat sich im westdeutschen Bauhauptgewerbe das Geschäftsklima gegenüber den beiden Vormonaten nicht verändert; es war nach wie vor unterkühlt. Die Unternehmen beurteilten im November die aktuelle Geschäftslage schlechter als zuvor, bezüglich der Geschäftserwartungen für das nächste halbe Jahr ließ der Pessimismus allerdings weiter nach. Die Auslastung der Gerätekapazitäten betrug – wie bereits im Oktober – 58 Prozent (saison- und witterungsbereinigt), der Ausnutzungsgrad verfehlte damit den vergleichbaren Vorjahreswert um einen Prozentpunkt. Nur vereinzelt (5 Prozent) berichteten die Firmen, dass die Abwicklung ihrer Bauaufträge vom Wetter behindert wurde. Auftragsmangel stand mit fast 50 Prozent der Nennungen unangefochten an erster Stelle. Die Auftragsbestände verharrten im Durchschnitt der Bausparten bei 2,1 Monaten (saison- und witterungsbereinigt); sie waren geringfügig kleiner als vor Jahresfrist. Die Beurteilung der Auftragslage durch die Unternehmen blieb schlecht, zwei Drittel waren weiterhin mit ihren Auftragsreserven nicht zufrieden (November 2003: 63 Prozent). Nach den Firmenmeldungen zu schließen, hielt der Druck auf die Preise im Berichtsmonat an. Mit Blick auf die folgenden Monate gingen die Testteilnehmer hingegen davon aus, dass sie moderate Preissteigerungen durchsetzen können. Per saldo wollten 41 Prozent der Unternehmen in den nächsten Monaten die Zahl der Mitarbeiter verringern; im Oktober waren es 45 Prozent.*

*Nach den Ergebnissen einer Sonderfrage verfügen 23 Prozent (November 2003: 22 Prozent) der Unternehmen über genügend Aufträge und eine entsprechende Ausrüstung, im Winter 2004/05 – mit Ausnahme der behördlich anerkannten Schlechtwettertage – mit voller Belegschaft durcharbeiten zu können. Nach Meinung der Firmen ziehen – wie im Vorjahr – 88 Prozent der Arbeiter die Arbeit mit normalem Lohn und Wintergeld dem Überbrückungs- bzw. Winterausfallgeld ohne Arbeit vor.*

*Im Hochbau fielen die Urteile zur aktuellen Geschäftslage noch schlechter aus als im Oktober. Im Wohnungsbau sowie im öffentlichen Hochbau waren die Lageurteile beinahe wieder so kritisch wie vor zwei Jahren. In allen drei Sparten hat sich aber die Skepsis bezüglich der künftigen Geschäftsentwicklung verringert. Die Bauproduktion bleibt im Großen*

und Ganzen unverändert, die Geräteauslastung lag mit 56 Prozent aber knapp unter dem Vorjahresniveau (57 Prozent). Die Reichweite der Auftragsbestände ist im Durchschnitt der Hochbausparten um 0,1 Monate auf 2,0 Monate gestiegen; sie war nach wie vor am größten im gewerblichen Hochbau (2,6 Monate), gefolgt vom öffentlichen Hochbau (2,1 Monate) sowie vom Wohnungsbau (1,6 Monate). Die Auftragsbestände erschienen zwar weiterhin beinahe 70 Prozent der Baufirmen als zu klein, gegenüber dem Vormonat nahm das Übergewicht der negativen Meldungen aber ab. 56 Prozent der Testteilnehmer berichteten über Behinderungen der Bautätigkeit, im Wesentlichen war Auftragsmangel hierfür verantwortlich; Finanzierungsschwierigkeiten und witterungsbedingte Beeinträchtigungen wurden nur vereinzelt genannt. Nach den Firmenmeldungen zu schließen, hat in allen drei Hochbausparten der Druck auf die Preise etwas nachgelassen. In den nächsten Monaten dürften sich aber – mit Ausnahme des öffentlichen Hochbaus – Spielräume für Preisanhebungen eröffnen.

Im Tiefbau hat sich das Geschäftsklima so gut wie nicht verändert. Die Unternehmen bewerteten ihre aktuelle Geschäftslage geringfügig ungünstiger als zuvor, der Pessimismus in den Erwartungen hat sich allerdings abgeschwächt. Bei konstanter Bauproduktion betrug der Ausnutzungsgrad der Maschinenkapazitäten wie im Oktober 58 Prozent. Fast jede zweite Tiefbaufirma berichtete über Behinderungen ihrer Bautätigkeiten, der größte Teil davon klagte über Auftragsmangel. Nur bei jedem zehnten Unternehmen wurde die Bauproduktion durch Witterungseinflüsse gestört. Die Auftragsreserven stiegen im Straßenbau von 2,0 auf 2,1 Monate, im sonstigen Tiefbau verharrten sie bei 2,3 Monaten. Im Durchschnitt der Tiefbausparten reichten die Auftragsbestände für 2,2 Produktionsmonate (November 2003: 2,3 Monate). Die Firmenmeldungen deuteten darauf hin, dass die Preise im November gesenkt wurden. Für die kommenden Monate gingen die Testteilnehmer aber davon aus, dass die Preise vereinzelt heraufgesetzt werden können.

Im Fertigteilhochbau hat sich das Geschäftsklima erneut um einen kleinen Schritt verbessert. Die aktuelle Geschäftssituation wurde weniger negativ beurteilt als im Vormonat, die leichte Skepsis in den Erwartungen blieb aber weitgehend bestehen. Bei rückläufiger Bauproduktion waren die Geräte nur zu 67 Prozent ausgelastet; im Oktober erreichte die Kapazitätsausnutzung noch 70 Prozent. Knapp die

Hälfte der Testteilnehmer gab an, dass die Bautätigkeit durch Auftragsmangel behindert wurde. Die Reichweite der Auftragsbestände stagnierte bei 3,5 Monaten; vor Jahresfrist war sie 0,1 Monate größer. Die Auftragsreserven bezeichneten 40 Prozent der Unternehmen als zu klein. Den Angaben der Testteilnehmer zufolge konnten die Preise im Berichtsmonat angehoben werden. In den nächsten Monaten dürfte es nach Meinung der Firmen sogar noch größere Spielräume für Preiserhöhungen geben.

## **KURZ NOTIERT**

(brb).- Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in den alten Bundesländern betrug im Oktober 2004 2.874 Mill. EUR und lag damit real um 9,5 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

In den neuen Bundesländern erreichte der Auftragseingang im Oktober 2004 760 Mill. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Rückgang von real 10,5 Prozent.

(brb).- Im Oktober 2004 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 15,3 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) sanken um 7,5 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 24,4 Prozent.

In den neuen Bundesländern sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Oktober 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 23,6 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 52,2 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 33,0 Prozent.

### **Impressum**

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH  
Escherstraße 22, 30159 Hannover  
Telefon (0511) 7 00 08 60  
Telefax (0511) 7 00 86 86  
ISDN (0511) 7 00 86 71  
Norddeutsche Landesbank  
Girozentrale  
Konto 101020964, BLZ 250 500 00  
Sparkasse Hannover  
Konto 547 646, BLZ 250 501 80  
Amtsgericht Hannover HRB 55659  
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 178247194

Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler  
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplar erbeten.